
Wie wirkt die Staatsvertrags-Initiative?

Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer AUNS

Die Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik“ (Staatsverträge vors Volk!)“ sorgt dafür, dass aussenpolitische Verträge und Vereinbarungen in wichtigen Bereichen künftig zwingend dem Volk und den Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden und eine doppelte Mehrheit erreichen müssen. Das gilt auch für Ausgaben ab einer Milliarde (einmalig) bzw. 100 Millionen Franken (jährlich wiederkehrend).

Zu diesem Zweck wird **Artikel 140, Absatz 1 BV** wie folgt ergänzt:

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

d. die völkerrechtlichen Verträge, die:

- 1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen* herbeiführen,*
- 2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen* zu übernehmen,*
- 3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen* an ausländische oder internationale Institutionen übertragen,*
- 4. neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.*

(*Der Begriff der „wichtigen Bereiche“ findet sich bereits in Artikel 164 BV und ist in Lehre und Praxis konkretisiert).

Kampfwertsteigerung: Mit der Staatsvertrags-Initiative werden die Volksrechte „kampfwertgesteigert.“

Das ist aus den folgenden Gründen entscheidend:

1. Bei den Volksrechten bestehen wesentliche Defizite:

- Mit der sogenannten Öffnung werden immer mehr Staatsverträge, internationale Abkommen, Konventionen und dergleichen abgeschlossen oder übernommen, die uns zur **Übernahme von fremdem Recht** – inklusive Folgerecht – und oft auch zu hohen Zahlungen – verpflichten.
- Dazu kommt die Übernahme von immer mehr angeblich „zwingendem“ Völkerrecht, das unser Landesrecht verdrängt und aushebelt. Wenn die Bevölkerung etwas will, was der Obrigkeit nicht passt, wiegelt man es leichtfertig ab unter Berufung auf das **Völkerrecht**. Vor allem die Gesetzgebung wird dadurch stark behindert. Beispiele sind die Asylrekursentscheide der letzten Jahre, die unser Asylrecht unterlaufen, ferner die neue Strafprozessordnung oder die Verwahrungsinitiative.
- Die zentralen direktdemokratischen Instrumente (Volksinitiative, Referendum) werden mit **immer mehr Hürden** erschwert: So ist das Unterschriftensammeln bei Urnengängen wegen der brieflichen Abstimmung und dem E-Voting praktisch unmöglich geworden. Für Sammelaktionen müssen Bewilligungen eingeholt werden, die oft verweigert werden. Zudem wurden die Unterschriftenzahlen in der Vergangenheit mehrfach erhöht.

- Statt Energie und Finanzen einzusetzen für Unterschriftensammlungen für Referenden können Mittel und Kräfte vermehrt auf die Abstimmungskampagnen konzentriert werden.

2. Das Schweizer Volk kann bei vielen wichtigen politischen Weichenstellungen nicht oder nur ungenügend mitbestimmen:

Die Bundesverfassung lässt, wenn überhaupt, nur das fakultative Referendum zu (Art. 141 BV). Die Kantone, die laut Verfassung zusammen mit dem Volk den **Souverän** bilden (also die oberste Entscheidungsbefugnis haben) werden gänzlich ausgeschaltet.

Volk und Stände entscheiden!

Mit der Initiative müssen die folgenden Vorlagen zwingend dem Volk und den Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden:

- die Doppelbesteuerungsabkommen;
- die Ausweitung der Personenfreizügigkeit;
- die Zahlungen an die neuen EU-Staaten (Ostmilliarde, Kohäsionsmilliarden);
- das vom Bundesrat anvisierte Rahmenkommen mit der EU (der „Schnellzug in die EU“) sowie das Dienstleistungsabkommen (das unser Bankkundengeheimnis vollends preisgibt);
- der für unsere Bauern ruinöse EU-Agrarfreihandel;
- das Welthandelsabkommen WTO;
- die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK (welche u.a. die Umsetzung der Verwahrungsinitiative behindert) samt Zusatzprotokollen;
- die Zollunion

Fazit: Die Staatsvertrags-Initiative stoppt den Ausverkauf der Schweiz!

Unser nachträgliches 1. August-Geschenk an die Schweizer Bevölkerung ist von grösster Bedeutung, weil es die Volksrechte, die direkte Demokratie und die Unabhängigkeit unseres Landes stärkt und den schleichenden EU-Beitritt stoppt.
